



>>> SEGEBERG UND STORMARN

Bericht aus Berlin

12/2015

AKTUELLES DER WOCHE

Berlin, 3. Dez. 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

mehrere Wochen nach dem brutalen Attentat in Paris stehen wir immer noch unter dem Eindruck dieses furchtbaren Ereignisses. Nun gilt es, mit unseren französischen Nachbarn und Freunden solidarisch zu sein und gemeinsam Anstrengungen im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ zu unternehmen.

Die Bedrohung unserer Freiheit, unserer Sicherheit und unserer Gesellschaft durch die fundamental-islamistischen Kämpfer des IS werden wir nicht hinnehmen und uns mit militärischen, aber auch zivilen Mitteln engagieren.

Um unseren Beitrag zu leisten, werden wir der Empfehlung der UN-Resolution zur Bekämpfung des IS nachkommen und über die Entsendung von insgesamt 1200 Soldatinnen und Soldaten beraten. Geplant ist eine Bereitstellung von Luftaufklärung, Stabspersonal und Seeschutz für den französischen Flugzeugträger. Der Einsatz wird zunächst bis Ende 2016 befristet sein. Auch wird die Beteiligung an der NATO-geleiteten Mittelmeerüberwachung fortgesetzt werden.

Natürlich werden auch diplomatische Lösungen des Konflikts erörtert, um die Situation in Syrien und im Irak nachhaltig zu stabilisieren und Frieden zu ermöglichen. Gerade angesichts dieser immensen weltpolitischen Herausforderungen und Gefahren sollten wir aus der besinnlichen Vorweihnachtszeit neue Kraft und Zuversicht schöpfen.

Ihr

Gero Storjohann

IMPRESSUM

Verantwortlich i.S.d.P.
für diese Seite:
Gero Storjohann MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227- 77762
Fax (030) 227- 76762
gero.storjohann@bundestag.de
Internet: www.gero-storjohann.de



Bausparkassen werden gestärkt

Um im Bausparkassengeschäft auf die aktuell niedrigen Zinsen zu reagieren, beschließen wir folgende Maßnahmen: Die Darlehensgrenze wird von 80% auf 100% des Beleihungswert erhöht, Bausparkassen sollen mehr ihrer Anlagen in Aktien investieren können und die Versicherungspflicht für Bauwerke soll angleichend an andere Banken entfallen.

Änderung des Parteiengesetzes

Diese Woche haben wir, die Koalitionsfraktionen, einen neuen Gesetzesentwurf zur Parteienfinanzierung eingebracht. Er sieht vor, dass die Rechtsstellung als Partei wegfällt, wenn diese mehr als sechs Jahre ihre verfassungs- und parteirechtliche Rechenschaftspflicht nicht wahrgenommen hat. Die Rechenschaftspflicht besagt, dass eine Partei über ihre Einkünfte, etwa Parteispenden, sowie über die Verwendung ihrer Mittel genau Auskunft geben muss. Des Weiteren wollen wir die Höhe der staatlichen Zuschüsse zur Parteienfinanzierung an die Preisentwicklung anpassen. Hier hat im Jahr 2002 die letzte Anpassung stattgefunden. Die vom Gesetz definierte Obergrenze des Zuschusses wird nicht berührt.

Digitale Kommunikation im Gesundheitswesen

Diese Woche beraten und beschließen wir ein neues Gesetz, mit dem wir den technologischen Fortschritt der digitalen Kommunikation auch im Gesundheitswesen nutzen werden können. Um die medizinische Versorgung besser zu gewährleisten und umzusetzen wollen wir eine breitere Vernetzung und somit einen besseren Informationsaustausch zwischen Ärzten und Krankenhäusern ermöglichen. Zur Erleichterung jeglicher Behandlung werden in diese Infrastruktur auch Psychotherapeuten und Apotheker ihren Aufgaben entsprechend eingebunden. Insgesamt wird die elektronische Patientenakte damit noch effektiver und patientenfreundlicher werden. Mit diesem Projekt setzen wir einen weiteren Punkt unseres Koalitionsvertrages um.



Gesetz zur Neuregelung der Kraft-Wärme-Kopplung

Bei der Kraft-Wärme-Kopplungstechnik wird Strom herkömmlich aus mechanischer Energie erzeugt. Ein Teil des im Kraftwerk entstehenden Dampfes wird jedoch abgeleitet und direkt für Heizzwecke genutzt. Somit sinkt zwar die Stromproduktion um wenige Prozentpunkte, es wird aber die Gesamteffektivität der Energiegewinnung um ein Vielfaches gesteigert. Das Verfahren ist damit sehr umweltfreundlich. Damit es auch in Zukunft einen großen Beitrag zur Energiewende leisten wird, haben wir das Ausbauziel auf 120 Terawattstunden bis zum Jahr 2025 angepasst.

Um CO₂-Emissionen weiter zu verringern, soll der Einsatz von Kohle als Brennstoff beim Verfahren der Kraft-Wärme-Kopplung nicht mehr vom Bund gefördert werden. Umweltschonende Alternativen wie Gas werden hingegen weiter subventioniert.

TERMINAUSWAHL

04.12.	08:00	Vorstandssitzung Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe
04.12.	09:00	Namentliche Abstimmung im Plenum über den Einsatz gegen die Terrororganisation IS
04.12.	12:30	Preisrichtervorbesprechung zum Neubau des Besucherzentrums des Bundestags
08.12.	10:00	Betriebsbesuch der GLEICH Aluminium GmbH
10.12.	19:00	Traditionelles Reederessen des Verbandes Deutscher Reeder mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt
12.12. - 15.12.		CDU Bundesparteitag in Karlsruhe